

Rathaus-Journal

Bonn – Sommer 2024 BONN-ZENTRUM



Liebe Bonnerinnen und Bonner,



wenn Sie diese „Sommerausgabe“ unseres Rathaus-Journals erreicht, ist die Aussicht auf ein wenig Entspannung und Erholung im Rahmen der Sommerferien – hoffentlich für uns alle – nicht mehr fern.

In dieser Ausgabe berichten wir über die aus unserer Sicht falsche Entscheidung auf Bundebene den **Cannabiskonsum zu legalisieren**, die Auswirkungen und die damit verbundenen finanziellen wie organisatorischen Schwierigkeiten für unsere Kommune, insbesondere hinsichtlich der Sicherstellung des Kinder- und Jugendschutzes.

Ein weiteres, die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt belastendes Thema ist die fortschreitende massive **Wegnahme von Parkraum** bei gleichzeitiger extremer Verteuerung des verbleibenden Parkraumes insbesondere für Anwohnerinnen und Anwohner. Auch wenn das Ziel, Verkehrsräume neu zu denken, die Aufenthalts- und Verweilqualität in unseren Stadtvierteln zu steigern, durchaus richtig ist, verärgert die Kompromisslosigkeit und das Versagen von Oberbürgermeisterin und Stadtratsmehrheit zeitgleich Alternativen zu schaffen, große Teile unserer Bevölkerung.

In unseren Fachforen im Rahmen unseres **CDU-Programmprozesses**

„**Bonn2030**“ arbeiten wir mit Hochdruck daran, uns allen Fragen unserer Zeit zu stellen, dabei über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen und gemeinsam mit Ihnen eine „Zukunfts-vision“ für unsere Stadt zu entwickeln, die auch für kommende Generationen attraktiv und lebenswert ist. Für die CDU ist aber nicht nur eine Vision entscheidend, sondern insbesondere die konkrete Ausarbeitung des Weges, der hierfür beschritten werden muss. Ein Weg, der die Menschen unserer Stadt mitnimmt, Schwierigkeiten nicht ignoriert und der der zunehmenden Spaltung unserer Gesellschaft wirksam entgegenwirken muss.

Bei den anstehenden städtischen Großprojekten **Stadthausanierung/-neubau** und **Landesbehördenhausareal** haben wir uns mit Blick auf deren Bedeutung für unser Stadt mit eigenen Vorschlägen eingebracht und uns parteiübergreifenden Kompromiss-suchen nicht verweigert. Nun liegt der Ball im Feld der Stadtverwaltung, die die ihr seitens der Politik auferlegten Prüfungen sorgsam abarbeiten muss, damit wir, möglichst Ende dieses Jahres, grundlegende Entscheidungen treffen können.

Lassen Sie uns zu diesen, aber gerne auch allen anderen Themen ins Gespräch kommen. Unter **sprech-**



Fotos: CDU-Ratsfraktion Bonn, AdobeStock (travelview, Ngliustraci, strichfiguren)

Guido Déus MdL

Vorsitzender der Stadtratsfraktion

stunde@cduratsfraktion-bonn.de oder **Telefon (02 28) 77 20 44** nehmen wir Ihre Anliegen gerne entgegen. Nur im gegenseitigen Austausch können wir die Themen erfahren, die Sie beschäftigen und die Sie wichtig finden.

Aber nun wünsche ich erst einmal eine schöne Sommerzeit und, sofern Sie es einrichten können, schöne Sommerferien!

Ihr Guido Déus MdL

Ablehnung der Freigabe von Drogen Cannabis-Legalisierung verheeren des Signal | **Seite 2**

Bonner Stadthaus: Zukunft unter Aspekten der Wirtschaftlichkeit | **Seite 2**

Erfolgreiches 4. CDU-Forum im Deutschen Museum | **Seite 3**

Anwohnerparkgebühren: Bonn trauriger Spitzenreiter | **Seite 3**



Redlich bleiben! Kein Baubeginn auf der Adenauerallee ohne Auswertung | **Seite 4**

Klare Ablehnung der Freigabe von Drogen

CDU-Fraktion kritisiert die Legalisierung von Cannabis als verheerendes Signal für den Jugendschutz und beantragt Beschilderung von Cannabis-Verbotzonen

Die CDU-Ratsfraktion hat eine Hinweisbeschilderung auf das Cannabis-Konsumverbot in Bonner Parks und Grünanlagen beantragt, die über Spiel- oder Sporteinrichtungen verfügen. Hintergrund ist, dass das Konsumcannabisgesetz (KCanG) zwar Cannabis legalisiert, aber auch ausdrücklich Verbote zum öffentlichen Konsum enthält. In Gegenwart von Minderjährigen bis 18 Jahren darf Cannabis nicht konsumiert werden. Dieses Verbot gilt in Sichtweite von Schulen, Kinderspielplätzen, Kinder- und Jugendeinrichtungen und

öffentlich zugänglichen Sportstätten im Umkreis von 100 Metern.

CDU lehnt die Freigabe von Drogen klar ab

Die CDU-Fraktion ist nach wie vor der Auffassung, dass der durch das KCanG legalisierte Cannabiskonsum falsch, fehlerhaft und gefährlich ist. Daher lehnen wir die Freigabe von Drogen und den öffentlichen Drogenkonsum zum Schutz der Kinder und Jugendlichen entschieden ab.

Kommunen werden bei der Umsetzung der Kontrollen alleingelassen

Das völlig unausgeglichene Bundesgesetz lässt viele Spielräume offen. Letztendlich wird den Kommunen die Kontrolle zur Einhaltung der Verbote aufgebürdet. Daher sehen wir in der beantragten Hin-



Julia Polley
Stadtverordnete CDU-Fraktion

weisbeschilderung eine bessere Handhabung für die erforderlichen Kontrollen und damit zumindest einen ersten Beitrag zum Kinder- und Jugendschutz. Denn die Schilder sollen eindeutig und für jeden potenziellen Konsumenten beziehungsweise jede Konsumentin klar ersichtlich die jeweiligen Verbotszonen definieren. ■

Die Zukunft des Bonner Stadthauses

Die Meinungen über das Bonner Stadthaus gehen auseinander. Die bauliche Substanz des Stadthauses ist derart schlecht, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spätestens bis 2027 in andere Liegenschaften umziehen müssen.

Die CDU-Ratsfraktion stellt sich der Verantwortung, eine adäquate Lösung für das Bonner Stadthaus mit dem Rat und der Bonner Stadtverwaltung zu finden und hat mit einer breiten Unterstützung im Rat den Antrag beschlossen, drei Varianten ergebnisoffen unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Diese betreffen die Kernsanierung, alternativ den Abriss und Bau eines neuen Gebäudes sowie die Möglichkeit eines teilweisen Abrisses mit integriertem Neubau.

Für die CDU-Ratsfraktion ist es wichtig, aus Fehlern der Vergangenheit, wie etwa beim Bau des WCCB oder der Sanierung der Beethovenhalle, zu lernen und Konsequenzen zu ziehen. Als stärkste Oppositionsfraktion entspricht es unserem Selbstverständnis, uns konstruktiv einzubringen und uns nicht nur auf Kritik zu beschränken.

Neben Nutzungs- und städtebaulichen Fragestellungen beschäftigt uns deshalb insbesondere die Wirtschaftlichkeit des anstehenden Projektes auch im Zusammenhang mit dem Landesbehördenhaus an der B9, das teilweise auch für die städtische Verwaltung genutzt und aufwendig saniert werden soll. Angesichts dessen, dass Bonn vor milliardenschweren Investitionsentscheidungen in den Bereichen Schule, Bäder sowie Oper steht, müssen wir genau planen und unsere Ressourcen verantwortungsvoll und vernünftig einsetzen.

Deshalb dürfen wir das Stadthaus nicht allein betrachten, sondern müssen bei dieser Prüfung die veränderten Arbeitswelten und die Möglichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von zu Hause aus zu arbeiten, in unsere Überlegungen zur Bereitstellung von notwendigem Büroraum einbeziehen.

Als Entscheidungsgrundlage ist daher eine Übersicht und Bewertung der derzeit von der Stadtverwaltung genutzten Gebäude und Liegenschaften in Bonn



Bert Justus Moll
Planungspolitischer Sprecher CDU-Fraktion

„Es entspricht unserem Selbstverständnis, uns konstruktiv einzubringen und nicht nur auf Kritik zu beschränken.“

sowie aller leerstehenden städtischen Gebäude erforderlich.

Außerdem ist es der CDU-Ratsfraktion wichtig zu betonen, dass alle bürgernahen Dienstleistungen vollumfänglich in der Stadtmitte und den Bezirksrathäusern erhalten bleiben und das Stadthaus als Standortfaktor für die Wirtschafts- und Arbeitswelt der Bonner Innenstadt beachtet wird. Die notwendigen Entscheidungsprozesse für die Zukunft des Bonner Stadthauses müssen unter Einbeziehung der Öffentlichkeit unter Berücksichtigung der Interessenlage der Belegschaft der Stadtverwaltung durchgeführt werden. ■



CDU-Forum „Verwaltung und Finanzen von morgen“ im Deutschen Museum

Am 13. März 2024 fand das vierte Forum der CDU-Stadtratsfraktion im Deutschen Museum statt. Das Forum ist Teil des CDU-Programmprozesses „Bonn 2030“ und widmet sich dem Thema „Verwaltung und Finanzen von morgen“.



Telekom AG, Christian Dröttboom, Vorsitzender der komba gewerkschaft Ortsverband Bonn/Rhein-Sieg, sowie Guido Déus MdL, Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion Bonn, teilgenommen haben. Die Diskussion konnte verschiedene Perspektiven und Lösungsansätze für die zukünftige Gestaltung der kommunalen Verwaltung und der Finanzen beleuchten.

Das Forum endete mit einer Fragerunde, bei der das Publikum die Möglichkeit hatte, direkt mit den Experten ins Gespräch zu kommen. Anschließend gab es ein „Get Together“, bei dem die Teilnehmer die Gelegenheit hatten, sich in informeller Atmosphäre weiter auszutauschen.

Ein weiterer Impulsvortrag wurde von Dr. Jörg Haas, CEO der Scopevisio AG und HW Partners AG sowie Gesellschafter der Invite Group und BonnVisio Gruppe, gehalten. Dr. Haas hat über die zukünftigen Anforderungen an die kommunale Verwaltung und Politik gesprochen und dabei seine Expertise aus der Unternehmenswelt eingebracht.

Nach den Vorträgen folgte eine Podiumsdiskussion, an der neben Ministerin Scharrenbach und Dr. Haas auch Elisabeth Schley, Senior Legal Council Beamtenrecht der Deutschen



David Lutz
Stellv. Vorsitzender CDU-Fraktion

360 Euro pro Jahr: Bonn ist trauriger Spitzenreiter bei Anwohnerparkgebühren

Auf Beschluss der grün-linken Ratsmehrheit wurden die Gebühren für das Anwohnerparken von ursprünglich 30 Euro auf 360 Euro pro Jahr erhöht. Diese Verzwölfachung ist aus unserer Sicht nicht richtig.

Gleichzeitig werden im gesamten Stadtgebiet Hunderte von Parkplätzen abgebaut, etwa durch die Einrichtung von Fahrradstraßen, Grünflächen, Stellflächen für Carsharing-Fahrzeuge, Radabstellanlagen und die sogenannten „Bönnschen Viertel“.

Beim Angebot akzeptabler Alternativen herrscht bei der Stadt Fehlanzeige. Die vielfach vorgeschlagenen Quartiersgaragen gibt es nicht und von einer entsprechenden Planung kann keine Rede sein.

Sollte die CDU ab 2025 wieder mehr Verantwortung übernehmen dürfen, werden wir die Gebühren für Anwohnerparkausweise erheblich reduzieren! Zudem stehen Alternativen zum Parken wie Quartiersgaragen und Anreize für den Umstieg auf den ÖPNV ganz oben auf unserer Agenda. Wir müssen endlich von der Kultur des Verbotens, Verschreibens und Gängelns wegkommen. Wir akzeptieren auch die Tatsache, dass es Bürgerinnen und Bürger gibt, die auf einen eigenen PKW nicht verzichten können oder wollen und auf eine Parkmöglichkeit angewiesen sind. Diese Personen dürfen nicht ohne Alternativen mit einem unverhältnismäßig teuren und unsozialen Parkausweis im Regen stehen gelassen werden. ■

thovenstadt Bonn	
Zentrum	992
arkhaus Oper	265
niversität	217
arktgarage	122



Redlich bleiben!
Kein Baubeginn auf der Adenauerallee
vor Auswertung des Verkehrsversuchs

Nun ist der dreimonatige Verkehrsversuch auf der Adenauerallee seit dem 31. Mai 2024 vorbei und muss ausgewertet werden.

Wir erinnern uns: Die grün-rot-linker Ratsmehrheit will die Adenauerallee vom Koblenzer Tor bis zum Museum Koenig auf eine Fahrspur in jede Richtung reduzieren und beidseitig eine breite sogenannte Protected Bike Lane anlegen. Nach massiven Protesten aus der Bevölkerung sowie unter anderem von Gewerbetreibenden, der Handwerkerschaft und der IHK Bonn/Rhein/Sieg wurde im Rat der Stadt Bonn beschlossen, in einem dreimonatigen Verkehrsversuch zu testen, was diese Maßnahme für Auswirkungen hat. Die CDU hat sich von Beginn an klar gegen die Abschaffung der Vierspurigkeit auf der Adenauerallee ausgesprochen.

„Die Adenauerallee ist die wichtigste Nord-Süd-Achse Bonns. Hier muss ideologiefrei und rein sachlich entschieden werden.“

Das Wesen eines Versuchs ist die Auswertung der Ergebnisse. Aber in Bonn muss man bei der grünen Oberbürgermeisterin und ihrer Ratsmehrheit immer auf der Hut sein. Die Bagger sind auf der Adenauerallee angerollt und es muss klar sein, dass keine Maßnahmen begonnen werden, die bereits die Querschnittsaufteilung verbindlich festlegen.

Das hat die Bezirksvertretung Bonn am 28. Mai 2024 in einem Dringlichkeitsantrag der CDU gegen die Stimmen der Grünen (!) auch so beschlossen: „Nur Arbeiten zur Kanalsanierung bis zur Beschlussfassung über die Querschnittsaufteilung, die keinen Einfluss auf die Lage des Bordsteins haben.“ Insbesondere sollten noch keine Sinkkästen fest installiert werden, denn die Lage dieser Straßeneinläufe gibt die Straßenbreite und -aufteilung bereits unwiderruflich vor. Alle notwendigen Sanierungsarbeiten der Kanäle können in den Sommermonaten in Angriff genommen werden.

Wir erwarten nun die Auswertung des Verkehrsversuchs, um die Handlungsalternativen abschließend zu diskutieren. Dies ist von der Verwaltung für die Sondersitzung des Ausschusses für Mobilität und Verkehr Ende August zugesagt.

Sollte die Auswertung des Verkehrsversuches beispielsweise keine überzeugende Menge von Radfahrerinnen und Radfahrern auf der Adenauerallee nachweisen oder die Stausituation und Fahrzeitverlängerung weiterhin zwei



Arno Hopes
 Stellv. Vorsitzender Bezirksfraktion Bonn

Fahrspuren je Richtung erfordern, müssten sämtliche Handlungsoptionen zur Aufteilung des Verkehrsraumes erneut auf den Tisch. Die Adenauerallee ist die wichtigste Nord-Süd-Achse Bonns. Hier muss ideologiefrei und rein sachlich entschieden werden. Auch die Verkehrsflüsse sind entscheidende Faktoren für die Attraktivität, Lebensqualität und Wirtschaft unserer Stadt – für alle Bürgerinnen und Bürger wie Gäste.

Uns ist wichtig: Es soll nach der besten Lösung für alle Verkehrsteilnehmer gesucht werden. Das darf nicht verhindert werden, in dem die Oberbürgermeisterin Fakten schafft, die der besten Lösung im Wege stehen. Doch genau das ist ihr Ziel ... ■



Gelungene Pflanzaktion – in Eigenregie!

Friedrich-Breuer-Straße: Ideologische Experimente erzeugen nur Verlierer

Grün-Rot-Rot startet einen verschärften Verkehrsversuch in der Beueler Haupteinkaufsstraße – zu Lasten der Menschen, Praxen und Geschäfte.

In der April-Sitzung hat die Grünlinke Mehrheit mit ihren eigenen Stimmen beschlossen, den Autoverkehr in der Friedrich-Breuer-Straße zwischen dem Konrad-Adenauer-Platz und der Hans-Böckler-Straße komplett zu verbannen. Sechs Monate bis Dezember läuft der Versuch, der weder mit den Gewerbetreibenden und Anwohnern, noch mit der Verwaltung abgestimmt wurde. Die gesamte Opposition, so auch die CDU-Bezirksfraktion, hat den Verkehrsversuch abgelehnt.

Verlierer 1: Die Menschen, die im Beueler Zentrum wohnen

Durch die Sperrung des Teilabschnitts wird der Autoverkehr jetzt die Nebenstraßen ansteuern. Teilweise müssen die Anwohner größere Umwege fahren, um zu ihrer Wohnung zu gelangen. Insbesondere die Siegfried-Leopold-Straße, Rathausstraße, Hans-Böckler-Straße sowie die Goetheallee werden mit ausweichendem Verkehr belastet. Selbst die Stadtverwaltung riet in ihrer Vorlage von einer Vollsperrung ab und plädierte für eine Einbahnstraßenregelung. Aus Sicht der CDU führt der Verkehrsversuch zu einer völlig unnötigen Belastung der Bevölkerung im Beueler Stadtzentrum.

Verlierer 2: Passantinnen und Passanten, die bislang gern das Beueler Zentrum aufgesucht haben

Mit der Sperrung des Teilabschnitts fallen einige Parkplätze vor den Geschäften weg. Die Koalition behauptet, es gäbe genügend Parkflächen in den umliegenden Tiefgaragen. Das stimmt

allerdings nicht. Die TG unter dem Mönneplatz ist tagsüber häufig voll – ohne Verkehrsversuch. Ein Teil der Käuferinnen und Käufer halten spontan im Beueler Zentrum an, bspw. um noch ein paar Sachen zu kaufen, ein Kaffee oder einen Snack mitzunehmen. Eine Suche nach einem freien Parkplatz wird sich diese Käufergruppe nicht mitmachen, damit brechen spontane Umsätze weg. Selbst Taxen und die Behindertenparkplätze werden in die Rathausstraße verlegt. Dies geht besonders zulasten der mobilitätseingeschränkten Bevölkerung, die jetzt nicht mehr für einen Arztbesuch oder einem Medikamentenkauf kurz vor der Praxis beziehungsweise der Apotheke halten kann. Bereits eine Tiefgarage und verlängerte Laufwege können dazu führen, dass mobilitätseingeschränkte Menschen ausgegrenzt werden, da Verabredungen im Café oder Restaurant nicht mehr möglich sind. Die Koalition propagiert gern, dass mit dem Wegfall der Parkflächen nun die Gehwege breiter wären. In der Realität bleiben sie schmal, denn dort wo Autos standen, stehen nun Fahrradständer und die Stadtmöbel.

Verlierer 3: Geschäfte, Restaurants und Praxen

Das größte Argument der Linksrünen Koalition ist die angebliche verbesserte Aufenthaltsqualität, die zu mehr Umsatz in den Geschäften führen soll. Interessant ist diese Behauptung, da mit den Betreibern der Geschäfte, Restaurants und Praxen vor der Beratung und vor Beschluss in der Bezirksvertretung weder vom Bezirksbürgermeister noch von der Koalition das Gespräch gesucht wurde. Mit der Konsequenz, dass die überwiegende Mehrheit der Gewerbetreibenden den Verkehrsversuch ablehnt. Viele Ladenbetreiber fürchten



Marco Rudolph

Vorsitzender der Bezirksfraktion Beuel

Umsatzeinbußen, da spontane Einkäufe wegfallen könnten, weil die Kundinnen und Kunden dann lieber in ein Einkaufszentrum ins Umland fahren werden. Größere und sperrige Käufe werden vermutlich nicht bis zum Parkplatz oder zur nächsten Tiefgarage getragen. Weggefallen ist auch die Möglichkeit einer Einfahrt mit kurzem Halt vor dem Geschäft, um zu beladen. Arztpraxen hingegen rechnen bei ihren Patienten mit größeren Umwegen, die zu verspätetem Eintreffen und damit im Tagesablauf zu Verzögerungen führen werden. Zudem wälzt die Linksrüne Koalition die Bepflanzung und Pflege der Stadttrassen-Möbel auf die Gewerbetreibenden ab.

Fazit: Das Gegenteil, was den Bürgerinnen und Bürgern wichtig ist Bei der komplexen Bürgerbeteiligung hat sich die Mehrheit der Befragten schrittweise Verbesserungen (mehr Grünflächen, mehr Aufenthaltsqualität) gewünscht. Das ignoriert die Linksrüne Koalition komplett und verkehrt damit die Wünsche der Bürger ins Gegenteil. Die CDU plädiert hingegen für eine Vielzahl von kleineren Verschönerungen auf der Friedrich-Breuer-Straße, die die wesentlichen Ergebnisse der Bürgerbeteiligung aufgreifen. ■



Entmachtung der Bezirksvertretungen – Quittung für erfolgreiche Politik?

Die Bezirksvertretungen in der Bundesstadt Bonn bekommen die Quittung für erfolgreiche Politik gegen die grün-rote Ratsmehrheit. Kaum anders lässt sich die jüngste Änderung der Bonner Hauptsatzung nicht verstehen.

Die Änderung beschneidet die Befugnisse der Bezirksvertretungen, denn viele örtliche Themen, die sie bislang entscheiden durften, werden künftig vom Planungsausschuss beziehungsweise Rat beschlossen. Die Ratskoalition hat keine Mehrheit in den Bezirken, wie auch in Bad Godesberg immer wieder zu beobachten ist. Grund genug für die grün-rote Ratskoalition, die Entscheidungskompetenzen auf den Rat und die Ausschüsse zu verlegen. Mit Basisdemokratie und Bürgernähe hat das wenig zu tun.

Dem vorausgegangen waren auch in Bad Godesberg einige Entscheidungen, die zwar im Sinne des Stadtbezirks, aber scheinbar nicht im Interesse der Ratskoalition lagen.

Eine Freude für Bad Godesberg, eine Attraktion für Bonn, ein Erfolg für die CDU

Die Diskussion um „Laurelle“ ist hierfür ein gutes Beispiel. Seit dem 26. Mai begrüßt „Laurelle“ alle Ankommenden am Bad Godesberger Bahnhof. Damit hat das lange Ringen um die Aufstellung der 7 Meter hohen Skulptur des weltbekannten spanischen Künstlers Jaume Plensa einen erfolgreichen Ab-

schluss gefunden. Die CDU gehörte zu den Unterstützern der ersten Stunde. Gegen Widerstände der Stadtverwaltung und des grünen Bezirksbürgermeisters konnte die CDU-Fraktion gemeinsam mit anderen bereits im August 2023 eine Mehrheit für das Kunstwerk in der Bezirksvertretung erreichen.

Ein weiterer Schritt für die Zukunft der Innenstadt

Zum wiederholten Male hat sich die Bezirksvertretung Bad Godesberg mit dem Masterplan für die Innenstadt beschäftigt. Der von der Verwaltung vorgelegte Entwurf musste in vielen wesentlichen Punkten verändert werden, um eine gute Grundlage für die Zukunft der Bad Godesberger Innenstadt zu bieten. Der CDU ist dabei insbesondere wichtig, dass die zentralen Funktionen der Innenstadt als Ort von Einzelhandel, Gastronomie, Kultur, Gesundheit und Dienstleistung wieder in den Mittelpunkt der Entwicklung gerückt werden. Jeder Vorschlag aus dem umfangreichen Masterplan muss sich daran messen lassen, ob er einen Beitrag zur Steigerung der Attraktivität der Bad Godesberger Innenstadt leistet. Der Masterplan müsse mit anderen Entwicklungen im Stadtbezirk vernetzt werden. „Die Wiedereröffnung der Stadthalle, das neue Kurfürstenbad und die Zukunft der Kurfürstlichen Zeile haben Auswirkungen auf die Entwicklung der Innenstadt mit neuen Anforderungen und neuen Chancen“, ist Jens Rösken, Vorsitzender der CDU-Bezirks-



Jens Rösken

Vorsitzender Bezirksfraktion Bad Godesberg

fraktion Bad Godesberg, überzeugt. Auch das von der Verwaltung vorgelegte Mobilitätskonzept wird bei den Christdemokraten kritisch gesehen, weshalb dieses mit umfangreichen Änderungen versehen wurde. Die Erreichbarkeit der Bad Godesberger Innenstadt wird mit diesem Konzept bewusst infrage gestellt. So ist eine Sperrung der Straße „Am Kurpark“ für den motorisierten Verkehr – wie von Grünen gefordert und von der Verwaltung vorgeschlagen – mit der CDU nicht zu machen. Gleiches gilt für den Vorschlag, zentrale Parkplätze wie vor der Kurfürstlichen Zeile zu streichen.

Musikmuschel wird zeitnah instand gesetzt

Die Musikmuschel an der Stadthalle wird kurzfristig Instand gesetzt. Dies wurde auf Antrag der CDU-Fraktion in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung vor der Sommerpause beschlossen. Die Musikmuschel war früher ein beliebter Ort für Konzerte und Veranstaltungen. Veranstalter und Vereine haben immer wieder Interesse an der Nutzung der Musikmuschel gezeigt. Doch wie die Stadthalle ist auch sie in den vergangenen Jahren nicht mehr nutzbar. Nun dürfte bald tatsächlich wieder Musik in der Musikmuschel zu hören sein. ■



Bezirkszentrum Hardtberg braucht eine Entwicklungsperspektive

Das Bezirkszentrum des Stadtbezirks Hardtberg in Duisdorf braucht eine Entwicklungsperspektive. Die Fußgängerzone, die sich großer Beliebtheit erfreut, ist in die Jahre gekommen und braucht unter anderem wegen des Bodenbelags und im Hinblick auf die Barrierefreiheit eine Erneuerung.

Die Pflastersteine und Kacheln sind an vielen Stellen lose und uneben. Auch die Anbindung der Fußgängerzone an den rückwärtigen Bereich im Burgacker-Karree bedarf einer städtebaulichen Lösung, um das Bezirkszentrum für die Geschäfte, ihre Kundinnen und Kunden sowie Einrichtungen attraktiver zu gestalten. Dazu bedarf es einer städtebaulichen Konzeption, die die Bezirksfraktion der CDU bereits vor Jahren mit einer Rahmenplanung gefordert hat.

Die Bebauung der ehemaligen Schamott-Fabrik auf der Rückseite des VR-Bankgebäudes „Am Burgweiher“ wird einen wichtigen Beitrag zu einem besseren Wohnungsangebot leisten. Das Nachbargrundstück, auf dem die Freiwillige Feuerwehr der Rettungswache IV ihr Übungsgelände mit Gerätehaus betreibt, muss allerdings dauerhaft von Bebauung frei bleiben.

„Es macht keinen Sinn, die letzten freien Grundstücke ohne Berücksichtigung des gesamten Umfeldes einer Nutzung zuzuführen.“

Der Standort der Rettungswache IV „Am Burgweiher“ kann an keinen anderen Standort verlagert werden. Nur von dort aus können die vorgeschriebenen Einsatz- und Rettungszeiten im Einzugsbereich der Feuerwache eingehalten werden. Darauf hat die CDU-Bezirksfraktion immer wieder hingewiesen und im Rahmen der Bürgerbeteiligung zum Bebauungsplan „Nachnutzung ehemalige Schamott-Fabrik“ darauf hingewirkt, dass dieses Gelände genauso wie bei der Feuerwache I am Lielingsweg als Grundstück für den Gemeinbedarf ausgewiesen wird.

Abgesehen von regelmäßig stattfindenden öffentlichen Veranstaltungen auf diesem Gelände ist es erforderlich, für die Sicherheitskräfte einen zentralen

Standort im Bezirkszentrum freizuhalten. Dies macht deutlich, dass das Bezirkszentrum Hardtberg für die Zukunft eine Planung aus einem Guss braucht. Es macht keinen

Sinn, die letzten freien Grundstücke ohne Berücksichtigung des gesamten Umfeldes einer Nutzung zuzuführen.

Genauso wie für andere Ortsteile und Stadtbezirke in Bonn braucht der Stadtbezirk Hardtberg ein integriertes Stadtentwicklungskonzept, das die notwendigen Veränderungen aufgreift. Hierzu



Bert Justus Moll

Vorsitzender Bezirksfraktion Hardtberg

zählt auch die Frage der Verkehrsführung im Bezirkszentrum, die bereits vor vielen Jahren mit mehreren Entwürfen zur Veränderung der B 56 mit Kreisverkehren zur Diskussion gestanden hat.

Deshalb hatte die CDU-Bezirksfraktion bereits 2016 beantragt, das integrierte Stadtentwicklungskonzept Bonn-Hardtberg in der Fassung vom 25. Januar 2002 in einem intensiven Kommunikations- und Planungsprozess für die zukünftige Entwicklung des Stadtbezirks neu zu fassen. Außerdem sollten Fördermittelträge für die Finanzierung von Maßnahmen der Stadtentwicklung auf der Grundlage eines neuen Stadtentwicklungskonzeptes gestellt werden. ■